

Pressedienst Nr. 16556
Donnerstag, 29. Juni 2023

Getreideernte 2023: Trübe Stimmung trotz sonniger Ertragsaussichten	1
EU-Agrarausschuss diskutiert über Zukunft der europäischen Zuckerproduktion	4
Mercosur-Verhandlungen sind für heimische Landwirtschaft ein Schlag ins Gesicht	5
ÖPUL: AMA informiert über Almbewirtschaftung und Tierwohl-Behirtung	5
Erfolgreicher Agrana-Zuckerrübenfeldtag in Zagging-Kleinhain	8
NÖ: Leitfaden für Beschaffung regionaler Lebensmittel in Großküchen entwickelt	9

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Getreideernte 2023: Trübe Stimmung trotz sonniger Ertragsaussichten

Schwierige Marktlage bei Getreide, Verluste bei Herbstkulturen wie Zuckerrüben und Kürbis absehbar

Leithaprodersdorf, 29. Juni 2023 (aiz.info). - Bei Getreide ohne Körnermais wird derzeit von einem 2%-igen Erntepplus gegenüber 2022 bzw. einer Gesamtmenge von 3,065 Mio. Tonnen ausgegangen - bei einem 2%-igen Flächenrückgang auf insgesamt rund 520.100 ha. Trotz dieser guten Ernteaussichten ist die Stimmung im österreichischen Ackerbau wegen stark gefallener Preise, hoher Kosten, fehlender Pflanzenschutzmittel und damit absehbarer Verluste bei den Herbstkulturen mehr als getrübt. Wie die Situation im Detail aussieht, beleuchteten LK Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger** und LK Burgenland-Präsident **Niki Berlakovich** heute beim Ernte-Pressesgespräch 2023 in Leithaprodersdorf, Bezirk Eisenstadt-Umgebung.

"Auch wenn die Getreidebestände heuer recht gut dastehen und wir aktuell damit rechnen, dass gute Brot- und Backqualitäten bei Weizen und Roggen geerntet werden können, ist die Stimmung der Ackerbäuerinnen und -bauern im Keller. Die Preise für die kommende Ernte sind wieder stark und sogar unter das Niveau vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine gefallen. Da die Verfügbarkeit vieler Betriebsmittel im Herbst bzw. Winter zuvor unsicher war und daher zu extrem hohen Kosten eingekauft werden musste, klafft die Preis-Kosten-Schere massiv auseinander", berichtet Moosbrugger. "Das EuGH-Urteil zu Notfallzulassungen verschärft den Mangel an notwendigen Pflanzenschutz-Wirkstoffen. Der damit verbundene Schaden bringt viele Betriebe zusätzlich unter Druck", so der LKÖ-Präsident.

Witterung: Vorteilhaft für Getreide, herausfordernd für Herbstkulturen

Klassisches Getreidewetter, so lässt sich die Witterung der letzten Wochen zusammenfassen. "Wüchsiges Wetter und großteils passende Wasserversorgung lassen auf eine gute österreichische Getreideernte hoffen. Das war lange Zeit so nicht absehbar, da es ab dem Anbau im Herbst bis Mitte April äußerst trocken und überdurchschnittlich warm war. Beginnend mit ausgiebigen Niederschlägen hatten wir ab Mitte April großteils günstige Verhältnisse. In manchen Regionen wurden daraus in Summe teilweise 400 mm und mehr", berichtet Berlakovich, der auch Vorsitzender des Pflanzenbau-Ausschusses der LKÖ ist.

"Was für das Getreide im Osten des Landes positiv war, sorgte bei Kulturen, die erst im Frühjahr angebaut und im Herbst geerntet werden, den so genannten Herbstkulturen, für problematische Anbau- und Auflaufbedingungen. Im Westen und in Oberösterreich war es regional hingegen auch vergleichsweise trocken, was zu einer schnelleren, vorzeitigen Abreife etwa von Wintergerste führte", berichtet der LK Burgenland-Präsident.

"Die feuchte Witterung führte auch zu starkem Pilzdruck. Vor allem, als die Temperaturen wieder etwas wärmer wurden, wurde der Druck von Infektionen mit unterschiedlichen Blattkrankheiten, vor allem sogenannten Rostpilzen, die sich auf den Getreideblättern entwickeln, extrem stark. Die geschädigten Blätter können nicht mehr assimilieren, die Pflanze reift früher ab und das Korn wird nicht vollständig gefüllt. Es bleiben nur kleine Körner, die in der Vermahlung nicht verwendet werden können. Pflanzenschutzmittel als 'Erste Hilfe' waren notwendig, um Ertrag und Qualität zu sichern.

Bleibt das Erntewetter stabil, sollte einer guten Getreidequalität nichts im Wege stehen", berichtet Berlakovich.

Flächenentwicklung: Weniger Weizen, mehr Mais und Roggen

"Zu den Flächenverlierern zählt in diesem Jahr die gesamte Getreidefläche, sie hat in Summe um 10.400 ha bzw. 2% auf 520.100 ha abgenommen. Zurückzuführen ist das primär auf den Rückgang der Dinkelfläche um 15.900 ha. Der Grund ist vor allem im gut versorgten Dinkelmarkt zu finden und den damit verbundenen niedrigen Marktpreisen. Auch Ölkürbis wurde von einer im letzten Jahr hohen Anbaufläche deutlich um 7.800 ha bzw. 21% reduziert und auf nur noch 30.200 ha angebaut. Wieviel jedoch tatsächlich zur Ernte verbleibt, wird sich erst in den nächsten Wochen klären. Soja wurde nach einem Rekordhoch im letzten Jahr wieder um 6.800 ha bzw. 7,4% weniger und somit auf 86.100 ha angebaut", so der Ausschuss-Vorsitzende.

"Flächengewinner ist heuer der Körnermais, der im Vergleich zum Vorjahr bereits um 5.000 ha bzw. 2,6% zugelegt hat. Aufgrund des Umbruchs von Kürbis, Zuckerrübe, Winterraps etc. wird die Fläche noch weiter zulegen. Bisher sind über 198.000 ha angebaut, mehr Körnermais wurde zuletzt nur 2013 ausgebracht. An Fläche zulegen konnte auch Roggen um 4.100 ha bzw. 11,9% auf 38.400 ha. Bei der Zuckerrübe ist noch abzuwarten, wie viele der abgefressenen 5.000 ha tatsächlich wieder mit Zuckerrübe bestellt wurden. Es ist zu erwarten, dass das derzeit verzeichnete Plus deutlich kleiner ausfallen wird und die 38.100 ha nach unten korrigiert werden müssen. Die Wintergerste konnte ebenfalls um 2.000 ha bzw. 2% zulegen, die Sommergerstenfläche ist hingegen wieder um 2.700 ha bzw. 10,7% auf 22.900 ha geschrumpft", erklärt Berlakovich.

Durchschleusung ukrainischen Getreides an Hungernde von EU gefordert

"Für angespannte Stimmung sorgt die Situation auf den Märkten. Die Frage, ob die Talsohle der Getreidepreise erreicht ist, trauen sich selbst Marktexpertinnen und -experten nicht beantworten. Geopolitische Ereignisse können jederzeit weiter für starke Schwankungen bei den Getreidepreisen sorgen. Diese sind auf das Niveau von 2021, also weit vor Beginn des Ukraine-Krieges gefallen und das bei deutlich höheren Betriebsmittelpreisen", berichtet Moosbrugger. "Die weltweit gute Ernte im letzten Jahr sowie positive Ernteaussichten in Kombination mit einem niedrigeren Verbrauch haben die Preise deutlich gedämpft. Gleichzeitig sorgen die Importe aus der Ukraine für Marktstörungen. Speziell die Nachbarländer der Ukraine spürten als erste den Druck auf die Erzeugerpreise. Importbeschränkungen in fünf angrenzenden Mitgliedsstaaten schieben das Problem weiter auf andere EU-Mitgliedstaaten, so auch nach Österreich. Wenn der offene europäische Markt mit ukrainischem Mais, Weizen, Raps, Soja und Sonnenblumenkernen bedient wird, führt das zu Verzerrungen am gesamten EU-Binnenmarkt", betont Moosbrugger.

"Selbst wenn laut Statistik nur geringe Mengen direkt aus der Ukraine nach Österreich importiert werden und Preisrückgänge auch verschiedene andere Ursachen haben, sind die massiv höheren EU-Importmengen vor allem bei Weizen und Mais mit deutlich geringeren Preisen am Markt ein großes Thema. Auch die Preise in Österreich sind deutlich gefallen. Bei weiter stark fallenden Preisen besteht die Gefahr, dass die Produktionskosten über die Verkaufspreise nicht mehr abgedeckt werden können. Daher fordern wir, dass die EU rasch Maßnahmen setzt, damit die ukrainischen Ernteprodukte den Weg in die eigentlichen Zielländer finden und den dort herrschenden Hunger stillen", fordert der LKÖ-Präsident.

Große Schäden wegen fehlenden Pflanzenschutzes

Aber nicht nur die niedrigen Getreidepreise vermiesen die Stimmung vieler Ackerbäuerinnen und -bauern. Auch der Ausfall tausender Hektar bereits angebaute Kulturen wegen fehlender Pflanzenschutz-Wirkstoffe sorgt für Unverständnis. "Dass die EU weiter auf rigorose Verbote, statt auf Bewährtes und innovative Lösungen setzt, ist weder nachhaltig, noch dient es der Versorgungssicherheit der Bevölkerung. Ca. 5.000 ha Zuckerrüben wurden heuer vom Rübenderbrüsselkäfer abgefressen - trotz einer Vielzahl an Vorsorgemaßnahmen wie Pheromonfallen etc. Somit ist umgerechnet mehr als der gesamte Zuckerbedarf von Wien dem Mangel an Pflanzenschutz zum Opfer gefallen - eine für uns absolut nicht zufriedenstellende Situation. Schließlich haben unsere Betriebe viel Arbeit und auch Geld investiert. Der Kampf gegen die Lebensmittelverschwendung muss am Feld beginnen, indem wir unsere Kulturen schützen können, um Ertrag und Qualität zu sichern", fordert Moosbrugger.

"Ähnlich stellt sich die Situation auch beim Ölkürbis dar, der für die Kürbiskernöl-Produktion verwendet wird. So wurden bei dieser Kultur ca. 10.000 ha bzw. ein Drittel der Fläche geschädigt. Das stellt ein noch nie dagewesenes Ausmaß dar. Bisher konnte der empfindliche Kern im Boden mit einer Beize vor dem Verfaulen geschützt werden, nun wurde die Zulassung des effektiven Beizmittels verboten. In Verbindung mit dem feuchtkalten Wetter hat das zum Verfaulen des Saatgutes im Boden geführt. Die betroffenen Flächen mussten umgebrochen und teilweise neu eingesät werden. Aufgrund des späten Zeitpunktes musste mitunter auf andere Kulturen ausgewichen werden", so Moosbrugger. "Andere Flächen werden lückig zur Ernte geführt - mit geringerem Ertrag, aber gleichem Aufwand. Auch Winterraps wurde wegen fehlender Pflanzenschutz-Wirkstoffe erneut weniger angebaut. Andererseits wurden Flächen mit normalerweise besten Erträgen derart vom Erdfloh befallen, dass im Frühjahr - nach mehr als einem halben Jahr Pflege der Jungpflanzen - Flächen umgebrochen werden mussten. Ob nicht die frühere Situation nachhaltiger war, sei dahingestellt", gibt Moosbrugger zu bedenken.

"Das Unverständnis wird nur noch größer, wenn man sich anschaut, mit welcher populistischen Argumenten auf EU-Ebene an Themen, wie dem EU-Kommissions-Vorschlag für eine Verordnung zur Wiederherstellung der Natur gearbeitet wird. Die einschneidenden Vorgaben hätten vielfach die Aufgabe der heimischen Lebensmittelproduktion zur Folge und würden letztendlich weder Umwelt, (Land-)Wirtschaft noch dem Menschen nützen", warnt der LKÖ-Präsident vor steigenden klimaschädlichen Importen und Lebensmittelpreisen.

Nachhaltige Effizienz und Innovationen statt widersinniger, simpler Verbote

"Auch die pauschalen Reduktionsziele im Verordnungsvorschlag zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, der sogenannten 'SUR', und die hohen bürokratischen Vorgaben für noch mehr Aufzeichnungen stoßen auf Unverständnis. Unsere Bäuerinnen und Bauern beschäftigen sich intensiv mit innovativen Maßnahmen, um Böden vor Erosion zu schützen und noch klimafitter zu werden", so Moosbrugger. "Die rigorosen Verbote führen dazu, dass wertvolle Kulturen wie Zuckerrübe, Körnererbse, Winterraps oder Ölkürbis in Österreich kaum oder nicht mehr wirtschaftlich sind. Gleiches gilt auch für Saatgutvermehrungen, die unter höchsten Qualitätsansprüchen für den nächsten Anbau kultiviert werden. All diese wichtigen Elemente unserer Versorgungssicherheit drohen aus der Kulturlandschaft zu verschwinden. Die massiven Rückgänge und Schäden sind längst nicht mehr Theorie, sondern blanke Realität. Die Situation wird sich von Jahr zu Jahr

verschärfen, wenn es der EU nicht gelingt, sich einzugestehen, dass Umwelt, (Land-)Wirtschaft und Soziales in eine gute Balance gebracht und gemeinsam weiterentwickelt werden müssen. Dafür braucht es mehr nachhaltige Effizienz und Investitionen in Forschung und Entwicklung, statt widersinnige Verbote", fordert der LKÖ-Präsident.

"Auch Precision Farming-Lösungen und unser LK-Warndienst tragen dazu bei, Pflanzenschutzmittel noch gezielter einzusetzen. Das geht bis hin zu Spot-Spraying, wo nur der Schaderreger behandelt wird. Moderne mechanische Technik, wie Hackgeräte, die mit GPS und kameragesteuert noch exakter arbeiten können, sind ebenfalls im Vormarsch. Auch Roboter, die über Felder fahren, sind nicht mehr nur vereinzelte Prototypen. Allerdings ist diese Technik noch sehr teuer", ergänzt Belakovich. (Schluss) APA OTS 2023-06-29/11:49

EU-Agrarausschuss diskutiert über Zukunft der europäischen Zuckerproduktion

Karpfinger und Schmiedtbauer warnen vor Gefährdung der Versorgungssicherheit

Brüssel, 29. Juni 2023 (aiz.info). - Über die künftige Zuckerversorgung in Europa diskutiert heute, Donnerstag, der Agrarausschuss des Europaparlaments mit der EU-Kommission. Für **Ernst Karpfinger**, Präsident der österreichischen Rübenbauern, und **Simone Schmiedtbauer**, ÖVP-Europaabgeordnete, ist klar: "Es braucht jetzt Alternativen zu den bewährten Beizmitteln, bevor es zu spät ist und die heimischen Zuckerfabriken für immer ihre Tore schließen müssen." Die heimischen Rübenbauern seien an der Belastungsgrenze angelangt. "Seitdem die einzige effektive Beize durch ein Gerichtsurteil des Europäischen Gerichtshofs nicht mehr verfügbar ist, müssen wir tatenlos zuschauen, wie uns die Quelle für regionalen Zucker von Käfern unter der Nase weggefressen wird. Es besteht dringender Handlungsbedarf seitens der EU-Kommission, denn es geht um ein europäisches Urteil, daher erwarten wir uns auch eine europäische Antwort. Diese ist immer noch ausständig. Wir brauchen jetzt Alternativen zu den bewährten Beizmitteln, bevor es zu spät ist", fordern Karpfinger und Schmiedtbauer.

Es könne nicht im Sinne von Europa sein, unter dem Vorwand des Umweltschutzes hierzulande Pflanzenschutzmittel zu verbieten und die Produktion nach Übersee zu verlagern, drückt Karpfinger sein Unverständnis aus. "Bei den Produktionsbedingungen außerhalb von Europa mit den dort erlaubten Pflanzenschutzmitteln die Augen zu verschließen und dann den Zucker über Tausende Kilometer nach Europa zu bringen. Damit würde man dem weltweiten Umwelt- und Klimaschutz keinen Dienst erweisen", sagt Karpfinger.

"Landwirtinnen und Landwirte verwenden Pflanzenschutzmittel nicht aus Jux und Tollerei, sondern um Ernten zu retten. Nicht mehr und nicht weniger. Die zahlreichen Einschränkungen und Verbote, die von vielen NGOs und einigen politischen Kräften in Brüssel so vehement vorangetrieben werden, gefährden unsere Versorgungssicherheit mit regionalen und saisonalen Lebensmitteln, obwohl das die nachhaltigste Form der Ernährung ist. Es braucht eine Lösung für die heimischen Rübenbauern und damit unsere europäische Zuckerproduktion", betont Schmiedtbauer. Die EU-Klima- und Umweltziele würden sicher nicht damit erreicht, die heimischen Rübenbauern unter Druck zu setzen und dann Rohrzucker aus Übersee in Containern in die EU zu schiffen. "Das ist eine kurzsichtige und scheinheilige Politik. Ich erwarte mir von der EU-Kommission umgehend eine praxistaugliche Lösung", fordert Schmiedtbauer mit Nachdruck. (Schluss)

Mercosur-Verhandlungen sind für heimische Landwirtschaft ein Schlag ins Gesicht

Schmiedtbauer sagt nein zu "scheinheiliger Politik"

Brüssel, 29. Juni 2023 (aiz.info). - "Das Mercosur-Handelsabkommen ist ganz sicher nicht EU-Green-Deal-konform", sagt **Simone Schmiedtbauer**, ÖVP-Agrarsprecherin im Europaparlament vor dem Hintergrund, dass aktuelle Vorschläge der EU-Kommission den Landwirtinnen und Landwirten derzeit einiges abverlangen. "Zu oft sieht man die Lösung hier in Brüssel fälschlicherweise in Einschränkungen und Verboten für die Land- und Forstwirtschaft. Da ist es ein Schlag ins Gesicht für die heimischen Land- und Forstwirtinnen und -wirte, dass es gleichzeitig von Seiten der EU-Kommission heißt, man wolle das Mercosur-Handelsabkommen weiterverhandeln", bringt es Schmiedtbauer auf den Punkt.

"In manchen südamerikanischen Staaten werden Pflanzenschutzmittel eingesetzt, die bei uns seit Jahrzehnten verboten sind, während wir hier diskutieren, ob unsere Landwirt:innen durch eine Gesetzesverschärfung weiterhin genug Pflanzenschutzmittel zur Verfügung haben werden, um Ernten zu retten. Das ist eine scheinheilige Politik, für die ich nicht zur Verfügung stehe", sagt Schmiedtbauer.

"Ich bin nicht gegen Handel, sondern ich bin für fairen Handel. Das Mercosur-Handelsabkommen stellt eine Benachteiligung unserer heimischen, bäuerlichen Familienbetriebe dar. Dagegen stelle ich mich ganz klar. Es braucht gleiche Regeln für alle und dieser Grundsatz wird bei Mercosur nicht respektiert", verdeutlicht Schmiedtbauer. (Schluss)

ÖPUL: AMA informiert über Almbewirtschaftung und Tierwohl-Behirtung

Alm/Gemeinschaftsweide-Auftriebsliste bis spätestens 17. Juli einreichen

Wien, 29. Juni 2023 (aiz.info). - Bei der mehrjährigen ÖPUL-Maßnahme "Almbewirtschaftung" werden Almweideflächen gefördert, die an mindestens 60 Kalendertagen von Rindern, Schafen, Ziegen, Equiden (Pferde, Ponys, Esel und Kreuzungen) und Neuweltkamelen (Lamas und Alpakas) bestoßen werden. Die Maßnahme "Tierwohl - Behirtung" ist eine einjährige ÖPUL-Maßnahme. An der Maßnahme "Almbewirtschaftung" muss verpflichtend teilgenommen werden (Kombinationsverpflichtung). Optional ist ein Prämienzuschlag für Herdenschutzhunde möglich, teilt die Agrarmarkt Austria (AMA) mit.

Alm/Gemeinschaftsweide-Auftriebsliste bis spätestens am 17. Juli 2023 einreichen

Die "Alm/Gemeinschaftsweide-Auftriebsliste" gilt als Zahlungsantrag für die Maßnahmen "Almbewirtschaftung" und "Tierwohl - Behirtung" und ist heuer bis spätestens am 17. Juli 2023 (ohne Nachfrist) online unter www.eama.at einzureichen. Korrekturen der "Alm/Gemeinschaftsweide-Auftriebsliste", die nach dem 17. Juli 2023 gesendet werden und zu einer Prämienausweitung führen würden, können nicht mehr für die Förderungsberechnung berücksichtigt werden. Eine Ausnahme gilt dabei für eine ausschließlich mit Rindern bestoßene Alm mit der

Erschließungsstufe 1 und ohne Teilnahme an der Maßnahme "Tierwohl - Behirtung". Bei diesen Almen kann auf die Einreichung der "Alm/Gemeinschaftsweide-Auftriebsliste" verzichtet werden und es gilt die "Alm-/Weidemeldung Rinder" als Zahlungsantrag. Ansonsten sind der Erschließungszustand sowie die weiteren prämierelevanten Beantragungserfordernisse für die Maßnahmen "Almbewirtschaftung" und "Tierwohl - Behirtung" bis spätestens am 17. Juli 2023 vorzunehmen.

Für die Auszahlung können grundsätzlich nur jene Tiere berücksichtigt werden, die bis spätestens am 15. Juli 2023 auf eine Alm aufgetrieben wurden.

Meldung von Schafen und Ziegen

Schafe und Ziegen müssen in der "Alm/Gemeinschaftsweide-Auftriebsliste" einzeltierbezogen mit Angabe der Ohrmarke und den zugehörigen Stammdaten (Tierart, Geschlecht, Geburtsdatum) beantragt werden. Bei Mutterschafen und Mutterziegen ist zusätzlich anzugeben, ob es sich um gemolkene Tiere (Milchvieh) handelt. Die Meldefrist für den Auftrieb beträgt 7 Kalendertage. Wird die Meldefrist überschritten, werden maximal 7 Tage vor dem Meldedatum als Alpfungstage anerkannt. Es gibt jedoch keine weitergehenden Konsequenzen. Das angegebene voraussichtliche Abtriebsdatum muss jedenfalls unmittelbar nach dem Abtrieb bestätigt bzw. auf das tatsächliche Abtriebsdatum korrigiert werden.

Meldung von Equiden und Neuweltkamelen

Equiden und Neuweltkamele sind in Stück in der "Alm/Gemeinschaftsweide-Auftriebsliste" zu beantragen. Die Meldefrist für den Auftrieb beträgt 7 Kalendertage. Wird die Meldefrist überschritten, werden maximal 7 Tage vor dem Meldedatum als Alpfungstage anerkannt. Es gibt jedoch keine weitergehenden Konsequenzen. Bereits beim Auftrieb kann auch das Abtriebsdatum angegeben werden. Der Abtrieb zu einem anderen als dem ursprünglich erfassten Abtriebsdatum muss unmittelbar nach dem Abtrieb korrigiert werden.

Meldung Rinder

Rinder sind über die "Alm-/Weidemeldung Rinder" zu melden. Bei Rindern muss der Almauftrieb einzeltierbezogen binnen 14 Kalendertagen mittels der "Alm-/Weidemeldung Rinder" online über das eAMA RinderNET beantragt werden. Bei Kühen ist zusätzlich anzugeben, ob es sich um gemolkene Tiere (Milchvieh) handelt. Bei späterer Meldung gelten die Tiere maximal 14 Tage vor dem Meldedatum als gealpt. Das angegebene voraussichtliche Abtriebsdatum muss jedenfalls unmittelbar nach dem Abtrieb bestätigt bzw. auf das tatsächliche Abtriebsdatum korrigiert werden.

Bestoßung während mindestens 60 Tagen

Eine Bestoßung durch die in der "Alm/Gemeinschaftsweide-Auftriebsliste" angeführten Schafe, Ziegen, Equiden und Neuweltkamele sowie die in der "Alm-/Weidemeldung Rinder" angeführten Rinder muss an mindestens 60 Tagen erfolgen. Das Auftriebsdatum zählt dabei zur Weidedauer dazu, der Abtriebstag wird nicht mehr als Weidetag angerechnet. Die 60-tägige Mindestweidedauer muss nicht durch eine durchgängige Bestoßung einer einzelnen Alm erreicht werden, es können auch Unterbrechungen stattfinden oder mehrere Almen nacheinander bestoßen werden.

Werden Rinder, Schafe oder Ziegen auf mehrere Almen aufgetrieben, so wird die Prämie anteilig nach der Verweildauer auf die jeweilige Alm aufgeteilt.

Meldung höhere Gewalt

Eine Meldung von höherer Gewalt für Tiere auf Almen ist innerhalb von drei Wochen nach dem Zeitpunkt, ab dem die betroffene Person dazu in der Lage ist, vorzunehmen. Fälle höherer Gewalt von Rindern, Schafen und Ziegen auf Almen sind ohrmarkenbezogen unter www.eama.at in der Auftriebsliste zu melden. Unabhängig von der Meldung höherer Gewalt ist für Rinder zusätzlich eine Verendungsmeldung des tierhaltenden Betriebs über das eAMA-RinderNET innerhalb von 7 Tagen durchzuführen.

Fälle höherer Gewalt von Equiden und Neuweltkamelen sind über das Formular "Pferde und Neuweltkamele - Änderungsmeldung Alm/Gemeinschaftsweide - Auftriebsliste" zu melden. Das Formular, zu finden unter www.ama.at/fachliche-informationen/almen-gemeinschaftsweiden/formulare-merkblaetter, ist unter www.eama.at hochzuladen.

Als Fall höherer Gewalt können folgende Gründe anerkannt werden: Blitzschlag, Steinschlag, anzeigepflichtige Seuche, Naturkatastrophe, Wildtierriss und Präventivabtrieb Wildtierriss. Krankheit und Unfall gelten nicht als höhere Gewalt. Details über die beizulegenden Nachweise und weitere Einzelfälle können dem Merkblatt "Mehrfachantrag 2023" unter www.ama.at/fachliche-informationen/mehrfachantrag/merkblaetter und dem Merkblatt "Almen & Gemeinschaftsweiden" unter www.ama.at/fachliche-informationen/almen-gemeinschaftsweiden/formulare-merkblaetter entnommen werden.

Wenn es sich dabei um Tiere handelt, welche vom tierhaltenden Betrieb auch in die Maßnahmen "Erhaltung gefährdeter Nutztierassen", "Tierwohl - Weide" oder "Tierwohl - Stallhaltung Rinder" eingebracht wurden, muss gegebenenfalls zusätzlich zur Online-Meldung in der Almauftriebsliste eine separate Meldung durch den tierhaltenden Betrieb an die AMA erfolgen, damit bei Anerkennung der höheren Gewalt die betroffenen Tiere auch für diese ÖPUL-Maßnahmen angerechnet werden können.

Weitere detaillierte Informationen zu den geltenden Förderbedingungen der Maßnahmen "Almbewirtschaftung" und "Tierwohl - Behirtung" sowie zur Antragstellung sind in den jeweiligen Maßnahmeninformationsblättern unter www.ama.at/fachliche-informationen/oepul/formulare-merkblaetter zu finden. (Schluss)

Erfolgreicher Agrana-Zuckerrübenfeldtag in Zagging-Kleinrain

Neueste Sorten und Technik wurde präsentiert

Wien, 29. Juni 2023 (aiz.info). - Am 27. Juni fand in Zagging-Kleinrain bei St. Pölten der Agrana-Zuckerrübenfeldtag statt. Rund 600 Landwirtinnen und Landwirte informierten sich über aktuelle Techniken rund um den Zuckerrübenanbau, die richtige Sortenwahl sowie über die Pflanzenschutzmöglichkeiten im Rübenanbau ohne Neonicotinoide. Für den Feldtag wurde ein Schau Feld mit allen gängigen Zuckerrübensorten sowie einem Insektizidversuch angelegt. Im Bereich der Zuckerrübentechnik wurden die aktuellen Maschinen vom Anbau über die Pflege bis hin zur Ernte ausgestellt. Kameragesteuerte Hackgeräte und -roboter von unterschiedlichen Herstellern wurden live am Feld vorgeführt.

In Vorträgen und Gesprächen mit den Landwirten diskutierten Experten aus Industrie und Landwirtschaft die schwierigen Rahmenbedingungen im Rübenanbau, insbesondere durch die größer werdenden Restriktionen beim Pflanzenschutz.

Agrana-Vorstand **Norbert Harringer** betonte: "Es ist das erste Rübenanbaujahr ohne die begrenzte Saatgut-Neonicotinoid-Beizung und trotz vorteilhaftem Wetter haben wir in einigen Regionen Niederösterreichs Rübenflächenverluste aufgrund massiver Rüsselkäfer-Fraßschäden. Die geänderten Rahmenbedingungen für den Schutz der Rübenkultur verlangen nach neuen Lösungen, die den Rübenanbau in Österreich und die Versorgung mit heimischem Zucker nachhaltig sichern. Agrana nimmt diese Herausforderung an und verstärkt daher ihre Anstrengungen in der landwirtschaftlichen Forschung. Wir sind optimistisch - gemeinsam mit der Landwirtschaft - innovative Pflanzenschutzlösungen zu entwickeln", so Harringer.

Auch **Johannes Schmuckenschlager**, Präsident der NÖ Landwirtschaftskammer, unterstrich die Partnerschaft mit Agrana: "Ein wirksames Pflanzenschutzmittel wurde unseren Bäuerinnen und Bauern durch den Wegfall der Saatgut-Neonicotinoid-Beizung für den Zuckerrübenanbau genommen. Dennoch werden in Niederösterreich auch in den nächsten Jahren Zuckerrüben angebaut werden. Wichtig ist eine gute Zusammenarbeit aller Beteiligten entlang der gesamten Wertschöpfungskette, um zukunftsfähige Lösungen durch Forschung und Innovation für unsere Bäuerinnen und Bauern zu entwickeln. Dort, wo es gemeinsame Ziele gibt, kann auch vieles gelingen, wie zum Beispiel bei der Einführung von E10. Wir dürfen aber nicht vergessen, dort wo das Risiko steigt, steigen auch die Kosten. Deshalb ist es wichtig, Risiken im Anbau zu minimieren und die Versorgung mit regionalen Lebensmitteln auch weiterhin gewährleisten zu können."

Beim Pflanzenschutz nimmt **Ernst Karpfinger**, Präsident der Rübenbauern, vor allem die europäische Politik in die Pflicht: "Die endgültigen Flächenverluste durch den Rüsselkäfer sind heuer witterungsbedingt nicht so massiv ausgefallen wie ursprünglich befürchtet und das ist neben der Witterung vor allem dem enormen Bekämpfungsaufwand der Rübenbauern zu verdanken. Es liegt nun am politischen Willen der EU-Kommission, nach dem EuGH-Urteil Maßnahmen zu ergreifen, um die Neonicotinoide für die Zuckerrübensaatgutbehandlung zu erlauben, wenn ihr die Versorgungssicherheit wirklich am Herzen liegt. Das fordern wir vehement ein, bis Alternativen zu den Neonics entwickelt sind. Die Auslagerung der Produktion nach Übersee mit den dortigen Produktionsbedingungen und dem anschließenden Transport des Zuckers über Tausende Kilometer nach Europa kann jedenfalls nicht die Lösung für Umwelt und Klima sein."

Bereits jetzt macht Agrana auf den Beginn der Kontrahierungen im Sommer für den Rübenanbau 2024 aufmerksam. Angesichts der stabilen Zuckermarktpreise auf hohem Niveau waren sich am Feldtag alle Experten einig, dass auch im kommenden Jahr sehr gute Rübenpreise erzielbar sind. (Schluss)

NÖ: Leitfaden für Beschaffung regionaler Lebensmittel in Großküchen entwickelt

Initiative JA ZU NAH

St. Pölten, 29. Juni 2023 (aiz.info). - Warum werden Lebensmittel quer über den Kontinent transportiert? Und warum müssen alle Lebensmittel das ganze Jahr über verfügbar sein? Das fragen sich nicht nur die heimischen Bäuerinnen und Bauern sowie die Konsument:innen, sondern auch immer mehr Küchenchefs. Die Landwirtschaftskammer (LK) NÖ liefert auf diese Fragen regionale Antworten - und zwar mit der Initiative JA ZU NAH, im Rahmen derer nun eine rechtliche Toolbox für die Beschaffung regionaler Lebensmittel in Großküchen entwickelt wurde. Dieser Leitfaden soll dazu beitragen, den Anteil an Lebensmitteln aus der Region in Großküchen zu erhöhen.

In Österreich werden täglich rund 2,2 Mio. Essen in Großküchen und Kantinen konsumiert. Das ist rund ein Viertel der Bevölkerung, das zumindest einmal pro Tag dort verpflegt wird. Die Bedeutung und damit der Anteil der Verpflegung in Großküchen wird noch weiter zunehmen, da von einer steigenden Arbeitsquote auszugehen ist. Derzeit erfolgt die öffentliche Beschaffung zum überwiegenden Teil über österreichweit oder gar europaweit tätige Großhändler mit einem oft sehr eingeschränkten regionalen Sortiment. Mit der Lückenschlussverordnung und der ab 1. September geltenden Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung ist bereits ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Regionalität gelungen. Landesrat **Ludwig Schleritzko** freut sich über die gemeinsame Initiative und hält fest: "Gerade als öffentlicher Auftraggeber wollen wir als Land Niederösterreich die regionale und somit nachhaltige Beschaffung von Lebensmitteln noch weiter in den Vordergrund rücken. Wir werden den Beschaffungsprozess unserer Großküchen weiterentwickeln. Dafür müssen wir sowohl unsere Bäuerinnen und Bauern, als auch die Beschaffer-Seite bestmöglich miteinander vernetzen und die besten Rahmenbedingungen für den regionalen Verkauf und auch Einkauf bieten."

Johannes Schmuckenschlager, Präsident der Landwirtschaftskammer NÖ, sieht großes Potential in der öffentlichen Beschaffung: "Wenn wir den Anteil an österreichischen Lebensmitteln in den Großküchen um 10% erhöhen, werden dadurch 500 landwirtschaftliche Betriebe abgesichert." Mit der Initiative JA ZU NAH - unter dem Dach der "Regionalen Lebensmittelkooperationen GmbH" (kurz RLK) - baut die Kammer einen neuen Absatzweg für die heimischen Bäuerinnen und Bauern zu den Großküchen auf. JA ZU NAH ist ein digitaler Lebensmittel-Marktplatz, mit dem Großküchenleiter:innen regionale und saisonale Produkte verschiedener bäuerlicher Betriebe aus der Region zusammengefasst beziehen können. Eine wichtige Rolle, die Regionalität in diesem Bereich zu steigern, kommt öffentlichen Auftraggebern zu, die Großküchen betreiben. Um die regionale Beschaffung direkt von den bäuerlichen Familienbetrieben für öffentliche Auftraggeber attraktiver zu machen und insbesondere zu erleichtern, hat die Landwirtschaftskammer NÖ daher die Erarbeitung einer rechtlichen Toolbox für die Beschaffung regionaler Lebensmittel in Großküchen initiiert.

Rechtliche Toolbox für öffentliche Beschaffung

Der Leitfaden soll dazu beitragen, den Anteil an Lebensmitteln aus der Region in Großküchen zu erhöhen. "In der Landwirtschaftskammer beschäftigen wir uns schon längst mit neuen Möglichkeiten der Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten. Wir wissen, dass nicht nur Endverbraucher, sondern auch Großküchen einen zunehmenden Bedarf an gesichert regionalen Lebensmittel haben. Allerdings sind deren Anforderungen beim Einkauf völlig andere als von Privathaushalten", betont Schmuckenschlager und sagt weiter: "Mit der rechtlichen Toolbox haben wir einen Mosaikstein mehr in der Hand, um einen Schulterschluss zwischen Landwirtschaft und Großküchen zu schaffen und damit gemeinsam regionale Versorgungssicherheit, Krisenvorsorge und Klimaschutz weiter zu fördern." Die Geschäftsführerin der Regionalen Lebensmittelkooperationen GmbH (kurz RLK) **Elfriede Schaffer** erklärt: "Für die Bäuerinnen und Bauern entstehen damit neue, langfristige Absatzmöglichkeiten mit mehr Wertschöpfung, Großküchen beziehen transparente, klimafreundliche Lebensmittel aus der Region. Das ist eine Win-Win-Situation für alle - für die Landwirtschaft, die Großküchen und deren Kundschaft.

Rechtsanwältin **Lisa Rebisant** von der Schiefer Rechtsanwälte GmbH betont: "Öffentliche Auftraggeber, die Beschaffungsvorgänge nach den Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes abwickeln, können öffentliche Ausschreibungen gezielt einsetzen, um den Anteil regionaler Lebensmittel in Großküchen zu erhöhen. Insbesondere kann durch die entsprechende Gestaltung von Eignungs- und Zuschlagskriterien ein bedeutender Einfluss auf die Einbeziehung diverser Regionalitätsaspekte bei der Vergabe von Lieferaufträgen für Großküchen genommen werden.

Der Leitfaden "Rechtliche Toolbox für die Beschaffung von regionalen Lebensmitteln für Großküchen" steht auf aiz.info zum Download bereit. (Schluss) APA OTS 2023-06-29/11:24